

Die Macht der Finanzmärkte brechen – NRW begrüßt die globale Bewegung „Besetzt die Wallstreet“ (Plenarsitzung vom 20.10.2011)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern standen wir am Abgrund, heute ist Europa schon einen Schritt weiter.

Wir haben 1995 in Davos den damaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer gehört. Er hat damals gesagt: Meine Herren, Sie alle sind nun der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte unterworfen. – Das ist heute leider bittere Realität. Damals klatschten die ahnungslosen Regierungschefs aus Europa noch freudig erregt. Sie waren damals blind, und heute versuchen sie den freien Fall, in dem sich die Staaten befinden, irgendwie zu stoppen.

Die Diktatur der Finanzmärkte wurde zum Alptraum der politischen Elite Europas. Die Parlamente wurden entmachtet, die Zinsen an den Kapitalmärkten diktieren mittlerweile die Tagesordnung der europäischen Regierungen. Die europäischen Banken entscheiden nunmehr über Staatshaushalte und haben sich für den Notfall selbst verstaatlicht.

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank zum Beispiel entspricht etwa 80 % der deutschen Wirtschaftsleistung und übertrifft die griechische um das Achtfache.

„Nicht Griechenland ist systemrelevant, sondern“

– ich zitiere Warren Buffett, der hoffentlich den Anwesenden bekannt ist, im Originalton –:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

„die Großbanken und ihre finanziellen Massenvernichtungswaffen.“

Das ist die Realität.

(Zustimmung von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Die Staaten haben durch Konjunkturprogramme und Bankenrettung die Weltwirtschaft gerade noch vor dem totalen Absturz bewahrt.

Jetzt – wir haben es gerade gehört – gibt es einen 2-Billionen-€-Rettungsschirm. Diese Zahl – das konnte man heute übrigens auch in der „Rheinischen Post“ lesen – hat zwölf Nullen. Mein Eindruck ist: In der Bundesregierung sind nur Nullen.

(Beifall von der LINKEN – Widerspruch von der CDU – Zuruf von der CDU: Wenn, dann 13 Nullen!)

Unsinnigerweise wurde aber weiterhin darauf verzichtet, die Verursacher und Profiteure der Krise in die Pflicht zu nehmen. Die Finanzmärkte haben ihrem Leibwächter, dem Staat, so zugesetzt, dass dieser weitgehend ohnmächtig in den Seilen hängt. Auch das ist Realität.

Die ungelöste Bankenkrise wird zu einer existenziellen Bedrohung der europäischen Staaten, weil das Gewicht der Finanzmärkte auch die Rettungsboje der Staatshaushalte unter Wasser drückt. In Europa wird nicht mehr regiert. Parlamente und Regierungen folgen dem imperativen Mandat der Finanzwelt.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Pfui!)

Um es mit Pierre Bourdieu zu sagen – vielleicht ist Ihnen dieser berühmte französische Soziologe bekannt –:

„Die Wahrheit kennt keine Heimat und keine Partei. Es gibt gegenwärtig so etwas wie eine kollektive Blindheit. Alles, was die Währung, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds oder die Deutsche Bundesbank umgibt, ist zu einem fast schon religiösen Phänomen geworden. Die Losungen, die so frenetisch ausgegeben werden – Globalisierung, Flexibilität: Man weiß doch gar nicht, was das bedeutet; es sind nur vage, unscharfe Begriffe in Umlauf, wie bei einem religiösen Bekenntnis.“

Dem wird weiter blind gefolgt.

Obwohl die Banken für die Krise 2008/2009 verantwortlich waren, gingen sie aus ihr gestärkt hervor. Die Banken und Zocker haben eine ganz große Lehre aus der Krise gezogen: Der Staat wird sie schon raushauen und ist immer bereit, ihre Rettung zum Beispiel mit Kürzungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finanzieren.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Pfui!)

Genau das kündigen SPD und Grüne übrigens jetzt für Nordrhein-Westfalen an.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Pfui!)

Das sage ich, um auch auf das Land zu sprechen zu kommen.

Die Banken gehen in ihrem Wissen um ihre sogenannte Systemrelevanz konsequent noch höhere Risiken ein. Gewettet wird auf alles, das sich bewegt. Man wettet auf die Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen oder Kreditausfallausfallrisiken. Ja, man wettet sogar mittlerweile auf den Konkurs von Staaten.

Wenn die Banken nichts verstanden haben – eines haben sie verstanden: Profite werden monopolisiert, Verluste werden sozialisiert. – Machen wir uns nichts vor: Die Zinsen an den Finanzmärkten diktieren heute nicht nur die Tagesordnungen der Regierungen, sondern schlagen immer mehr auf allen Ebenen des Gemeinwesens durch. Wir erleben das auch in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, auf Bundesebene, auf Landesebene und überall.

Mittlerweile ist eine Kontrolle der Finanzmärkte und Banken nicht mehr gegeben. Wir müssen hier eine deutliche Änderung und endlich einen Kurswechsel einleiten.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben es erlebt: Am Wochenende gingen in 82 Ländern unter dem Motto „Real Democracy Now“ am 15. Oktober, dem weltweiten Aktionstag gegen Banken, Demonstranten gegen Bankenpolitik und Sozialabbau auf die Straße.

In Deutschland war Die Linke in vielen Orten dabei. Wir unterstützen diese Forderungen. Wir unterstützen die weltweiten Proteste gegen die Diktatur der Finanzmärkte und für mehr Demokratie. Interessanterweise sind wir da durchaus in feiner Gesellschaft. Denn zum Beispiel fordert die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Madame Lagarde, was Die Linke interessanterweise auch fordert, nämlich die großen privaten Banken öffentlich-rechtlich zu gestalten.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Es wird eine Politik gegen die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland wie in Griechenland und in allen anderen betroffenen Ländern betrieben. Das Krisenmanagement der europäischen Regierungen und das halbherzige Herumdoktern an einzelnen Symptomen verschärfen eher die Probleme, anstatt die wahren Ursachen der Eurokrise zu bekämpfen.

Demokratie und Sozialstaat bleiben dabei immer mehr auf der Strecke. Die Linke lehnt diese Politik ab.

(Beifall von der LINKEN)

Die Menschen brauchen einen Schutzschirm für Löhne, für Renten, für Sozialleistungen statt immer wieder neue Rettungspakete für die Banken.

(Beifall von der LINKEN)

Ich hoffe, Sie kapieren das endlich auch in Nordrhein-Westfalen, wenn hier wieder neue, zweistellige Milliardensummen für die WestLB gegeben werden sollen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir wollen, dass die Profiteure des Finanzmarktcasinos durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre zur Kasse gebeten werden

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

und dass die Staaten endlich aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit werden.

(Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen endlich eine andere Politik. Nur eine gemeinsame und vor allem koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU mit Abstimmungsmechanismen für die Lohn- und Steuerpolitik und mit einheitlichen Mindeststandards für die Sozial- und Finanzsysteme verhindert solche Fehlentwicklungen.

Wir brauchen endlich neue Finanzierungsmöglichkeiten, eine Entkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten und die Schaffung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen. Wir brauchen einen deutlichen Kurswechsel. Wir brauchen endlich eine soziale, gerechte, ökologisch nachhaltige Politik.

Wir brauchen endlich einen Kurswechsel. Sie machen in Nordrhein-Westfalen einen Kurswechsel, aber genau in die falsche Richtung, wenn Sie Sparpolitik und tabuloses Sparen ankündigen. Das ist der völlig falsche Weg. Gute Reise mit der FDP! Die Neoliberalen haben sich durchgesetzt – offensichtlich mittlerweile auch in Ihren Reihen.

(Beifall von der LINKEN – Zurufe von der CDU, von der SPD und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Laschet.